



PISA MACHT ALLE WACH!

• Die Schulerfolge
• von Migranten
• verbessern!

• Bildungspolitische
• Positionen der LAGA NRW

Dezember 2001

Inhalt

Einleitung 3

**Stellungnahme der LAGA NRW
zur PISA-Studie** 5

**Bildungspolitisches Sofortprogramm
der LAGA NRW** 9

**Integration konkret:
Die Schulerfolge von
Migranten verbessern** 19

**Die Stellungnahme zum LAGA-
Papier in der Diskussion** 33

Veranstaltungsliste 43

Impressum:
**Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migranten-
vertretungen Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)**
Helmholtzstraße 28
40215 Düsseldorf

Telefon 0211/99 416-0
Fax 0211/99 41615
e-mail: info@laga-nrw.de
www.LAGA-NRW.de

Fotos: arbeiterfotographie, Köln

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) wird mit Mitteln des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie gefördert.

Einleitung



Die im Dezember 2001 veröffentlichte PISA-Studie hat es noch einmal mit aller Deutlichkeit gesagt: Die Schulerfolge der Migranten geben zu großer Sorge Anlass. 20% der getesteten SchülerInnen hatten elementare Probleme beim Lesen, in keinem anderen Land war der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg so deutlich wie in Deutschland. Die Schule verlängert die vorhandene Chancenungleichheit in die nächste Generation. Von diesem Befund sind die Migranten in besonderer Weise betroffen. All das kann sich ein hochentwickeltes Land wie die Bundesrepublik Deutschland auf die Dauer nicht leisten.

Dringend nötig ist eine Debatte über überzeugende Lösungskonzepte und deren Umsetzung in die Praxis. Beispiele gut funktionierender Schulen innerhalb und außerhalb von NRW oder in den anderen OECD-Staaten zeigen, dass Schule auf hohem Niveau auch mit SchülerInnen möglich ist, die einen Migrationshintergrund haben. Es gibt durchaus Konzepte, aber sie werden nicht systematisch zum Allgemeingut der Schulen gemacht. Blockaden auf verschiedenen Ebenen verhindern dies.

Die Debatte muss von Deutschen und Migranten gemeinsam geführt werden. Wir bringen dabei unsere intime Kenntnis der Probleme mit ein und die Bereitschaft, bei der Umsetzung Verantwortung zu übernehmen. Deshalb möchten wir mit diesem Buch unsere Überlegungen und Vorschläge noch einmal zusammenfassen und in die öffentliche Diskussion einbringen. Sie sind Ergebnis langjähriger Erfahrungen. Die LAGA NRW hat sich seit ihrer Gründung mit bildungspolitischen Fragen beschäftigt und in zwei Tagungen 1997 und 1998 versucht, alte Erfahrungen zu sichten und daraus Lösungsvorschläge zu entwickeln. Im Januar 2000 legten wir das vor diesem Hintergrund entstandene Papier: „Integration konkret: Die Schulerfolge von Migranten verbessern“ vor. In zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen und in Gesprächen mit Parteien, Verbänden und Experten entstand eine sachliche und sehr fruchtbare Diskussion, deren Ergebnisse wir ein Jahr später zusammenfassten und kommentierten. Motiviert durch den Landtagsbeschluss „Integrationsoffensive NRW“ erarbeiteten wir

im Herbst 2001 ein Sofortprogramm, das praktisch realisierbare Schritte auf Landes- und kommunaler Ebene benennt. Schließlich war es die Veröffentlichung der PISA-Studie, die uns veranlasste, noch einmal grundsätzlich über die Schulerfolge der Migranten nachzudenken.

Bei unseren Überlegungen haben wir uns von drei wesentlichen Grundgedanken leiten lassen:

- ▶ Die Migranten sind ein integraler Bestandteil der heutigen Schule. Wir brauchen deshalb eine Didaktik und Methodik des Lehrens und Lernens in heterogenen Klassen, also Klassen, in denen Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Muttersprachen, Deutschkenntnissen, Religionen, Herkunftskulturen, Lerntempos oder Interessen sitzen. Die Einrichtung von externen Fördergruppen macht auf die Dauer wenig Sinn.
- ▶ Beim Blick auf die Migranten brauchen wir einen Perspektivwechsel: Statt immer nur ihre Defizite aufzulisten, müssen auch ihre besonderen Fähigkeiten berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für ihre Mehrsprachigkeit und ihre vielfältigen Lebenserfahrungen, die in eine spannende interkulturelle und interreligiöse Debatte an den Schulen eingebracht werden können.
- ▶ Innovationen laufen dann ins Leere, wenn sie nicht begleitet werden durch systematische Umsetzungsstrukturen auf Landes- und kommunaler Ebene. Die Probleme lösen sich nicht im Selbstlauf, Lösungsvorhaben müssen planvoll gestaltet werden.

Die Kommission der Europäischen Union spricht in ihrem Report „Europa verwirklichen durch die allgemeine und berufliche Bildung“ von 1997 von der Notwendigkeit, dass die interkulturelle Schule zur Regelschule Europas wird, und fordert dazu auf, heute Vorhaben zu verwirklichen, in denen diese Schule vorbereitet wird. Wir verstehen unsere Vorschläge als einen Beitrag dazu. Ein systematisches Handeln tut Not. Die Zeit drängt.

Tayfun Keltok
Vorsitzender der LAGA NRW

Stellungnahme der LAGA NRW zur PISA-Studie

KLASSENZIEL VERFEHLT! SITZENGEBLIEBEN!

So muss man die deutschen Ergebnisse der PISA-Studie bewerten, wenn man Chancengleichheit zur wesentlichen Aufgabe des Schulsystems erklärt.

Allerdings zeigen die Ergebnisse der PISA-Studie beides: Schule auf hohem Niveau ist auch mit SchülerInnen möglich, die einen Migrationshintergrund haben oder aus unteren sozialen Schichten kommen. Allerdings eher in Schweden oder Finnland als in Deutschland. Die Frage liegt nahe: Warum sind in anderen Ländern bessere Ergebnisse bei vergleichbaren Voraussetzungen möglich? Wie kann hier konkret Abhilfe geschaffen werden?

Konkret: 20% des getesteten Altersjahrgangs haben grundlegende Probleme beim Lesen, wobei mittlerweile jeder weiß: Sprachliche Fähigkeiten sind eine wesentliche Voraussetzung für Lernen und Schulerfolg. In keinem untersuchten Land war der Zusammenhang von sozialer Herkunft der Jugendlichen und ihrem Schulerfolg so eng wie in Deutschland. Davon waren auch die Migranten besonders betroffen. Die Aufteilung in Gymnasium, Realschule und Hauptschule nach der 4. Klasse ist offensichtlich eine soziale Selektion. Die Chancenungleichheit wird also durch die Schule nicht ausgeglichen, sondern in die nächste Generation weitergetragen. Aber auch bei den Spitzenleistungen können die Ergebnisse nicht befriedigen: Sie liegen weit hinter dem internationalen Durchschnitt. Insgesamt macht die PISA-Studie einen gesellschaftlichen Skandal deutlich, den sich ein hoch entwickeltes Land wie Deutschland auf die Dauer nicht leisten kann.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse drängt sich ein grundlegendes Problem auf: Insgesamt gibt es in unserem Bildungswesen keinen intelligenten Umgang mit Heterogenität. Kinder und Jugendliche in Deutschland haben sehr unterschiedliche Fähigkeiten, Interessen, Lerntempos, kulturelle Hintergründe, Muttersprachen oder Sprachkenntnisse in der deutschen Sprache. Darauf müsste man antworten mit individualisiertem, die Voraussetzungen genau berücksichtigendem Lehren und Lernen. Starre, undifferenzierte Programme für alle erreichen viele Kinder und Jugendliche nicht. Diese Beobachtung gilt

auch für die Beschulung der Migranten. Nehmen wir ein Beispiel: Niemand wird etwas gegen das Argument einzuwenden haben, dass die Migranten Deutsch lernen müssen. Aber man muss wissen, wie man dieses Ziel auch erreichen kann. Immer früher vorgenommene Tests (jetzt sollen schon die Dreijährigen getestet werden, wer bietet mehr?) verändern Lehren und Lernen noch nicht. Es ist bekannt, dass eine Zweitsprache am besten gelernt wird, wenn sie mit der Muttersprache koordiniert wird, die als ursprüngliche Sprache des Denkens eine wesentliche Hilfe ist. Statt dessen wird aber in der Grundschule die Alphabetisierung nur in der deutschen Sprache angeboten. Die Folge: Bei vielen Kindern, die mit sechs Jahren noch nicht genügend Deutsch können, ist der schulische Misserfolg vom ersten Tag an vorprogrammiert.

Anders gesagt: Die Schulen sind immer noch nicht eingestellt auf die spezifischen Bedingungen, die eine Zuwanderungsgesellschaft mit sich bringt. Damit ist sie Teil eines gesamtgesellschaftlichen Problems, das sie noch weiter verschärft. Die skandinavischen Länder, die laut PISA-Studie so viel besser dastehen, gehen insgesamt anders mit der Zuwanderung um als hierzulande. So wurde in Schweden schon in den 70er Jahren das kommunale Wahlrecht für alle Migranten eingeführt. Dieses Angebot zur Mitbestimmung war ein Signal dafür, dass die Migranten erwünscht waren und dazu gehören sollten. Dieser Grundgedanke zeigte sich auch in der Entscheidung, dass alle Migranten in Schweden das Recht auf einen Unterricht in ihrer Muttersprache haben. Offenbar zahlt sich eine gezielte zweisprachige Förderung der SchülerInnen aus. In NRW liegen Konzepte vor, wie effektives Lernen in sprachlich heterogenen Klassen, darunter solchen mit SchülerInnen unterschiedlicher Muttersprachen, möglich ist. Dies ist jedenfalls das Ergebnis einer vom Landesinstitut in Soest veranstalteten Tagung im Mai 1999. Es fehlt allerdings an ihrer Umsetzung. Darin liegt das eigentliche Problem.

Die LAGA NRW sieht drei wesentliche Schlussfolgerungen aus der PISA-Studie:

- Wir brauchen eine Unterrichtsreform, die Lehren und Lernen in sprachlich heterogenen Klassen effektiv macht. Es geht um die lange geforderte Individualisierung des Regelunterrichts, nicht um das Aufziehen neuer externer Förderschienen. Das bedeutet für die Grundschule vor allem eine zweisprachige, koordinierte Alphabetisierung in Deutsch und der Muttersprache in enger Kooperation von deut-

schen und muttersprachlichen LehrerInnen. Entsprechende Erfahrungen in NRW selbst, in Berlin und in Hessen sind sehr erfolgreich. Neue Formen des Deutschlernens liegen auch für die Sekundarstufe I vor. Verwiesen sei auf die Empfehlungen „Deutsch Lernen in allen Fächern“ und „Deutsch als Zweitsprache“, wobei auch hier die Koordination mit dem Muttersprachlichen Unterricht wesentlich ist.

- ▶ Mit der Unterrichtsreform muss ein systematischer kommunaler Begleitungsservice entwickelt werden, der die Schulen bei ihren Innovationen begleitet und berät. Gerade in NRW fehlt es nicht an Ressourcen dafür, sondern an einer effektiven Verwendung der vorhandenen Möglichkeiten (Stellen zur Integrationshilfe, RAA...). Im Gegenteil: Fortbildungen zum Thema Deutschlernen in heterogenen Klassen sind in den 90er Jahren gestrichen worden. Das Thema wurde dem Zufall überantwortet. Aus den erfolgreichen Konzepten hat sich bis heute kein Umsetzungskonzept entwickelt, das die Erkenntnisse einzelner Experten und der Schulpraktiker den Schulen zur Verfügung stellt. Hier liegt ein eklatantes Versäumnis von Schuladministrationen der verschiedenen Ebenen vor.
- ▶ Die frühe Selektion nach nur 4 Grundschuljahren und das vielfache Abschieben von Migranten auf die Hauptschule als „Restschule“ gehen oft an den Möglichkeiten der Betroffenen vorbei, entmotivieren viele SchülerInnen und vermitteln keine Perspektiven. Leistung wird mit Auslese verwechselt. Statt jetzt in der Auswertung von PISA die Selektion zu verschärfen und noch mehr Tests zu veranstalten ohne zu wissen, was man mit den Testergebnissen anschließend machen soll, muss überlegt werden, welche Art von Unterricht und Schulstruktur wir brauchen, um mehr Chancengleichheit zu verwirklichen. Die notwendigen Schritte im Vorschulbereich ersetzen nicht schulische Konzepte.

Die in der PISA-Studie dargestellten Befunde waren voraussehbar. Die LAGA NRW hat am 18.1.2000 ein Positionspapier vorgelegt: „Integration konkret: Die Schulerfolge der Migranten verbessern!“ Die dort enthaltenen Vorschläge haben von den Parteien, Berufsverbänden und Experten große Zustimmung bekommen. Trotzdem hat sich seitdem wenig bewegt. Das Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung behandelt die Beschulung der Migranten immer noch als Außenseiterthema, und nicht als integralen Bestandteil von Schule. Praktische Schritte dürfen nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden. Die LAGA NRW ist weiterhin bereit, sie mit zu beraten, mit zu tragen und zu unterstützen.



Sofortprogramm der LAGA NRW

INTEGRATIONSOFFENSIVE NRW – DIE SCHULERFOLGE VON MIGRANTEN VERBESSERN HERBST 2001

Der Landtag NRW hat in einem einstimmigen Beschluss die Empfehlung „Integrationsoffensive NRW“ verabschiedet.

Die LAGA NRW begrüßt ausdrücklich den Landtagsbeschluss. Seine Inhalte und das einstimmige Zustandekommen eröffnen neue Perspektiven. Ermutigt sehen wir uns auch durch die Empfehlungen der Berliner Zuwanderungskommission.

Jetzt sollen – in Umsetzung des Beschlusses – praktische Schritte eingeleitet und auf Landes- und kommunaler Ebene umgesetzt werden.

Dabei muss nach Meinung der LAGA NRW die Schulpolitik eine wichtige Rolle spielen. Die Schule ist immer noch der wesentliche Motor zur Erreichung von Chancengleichheit. Sie leistet die wesentliche Vorbereitung der nächsten Generation auf die Anforderungen der Wissensgesellschaft.

Die LAGA NRW hat im Januar 2000 ein bildungspolitisches Papier „Integration konkret: Die Schulerfolge von Migranten verbessern“ vorgelegt. Damit sind wir auf große Zustimmung gestoßen. Zahlreiche Anregungen und weiterführende Hinweise gingen ein. Wir haben sie gebündelt und eingearbeitet. Es gibt nun in zahlreichen Feldern Übereinstimmungen zwischen dem Landtagsbeschluss und dem LAGA-Papier. Auf diesem Hintergrund möchten wir ein Sofortprogramm vorschlagen, das dazu beiträgt, kurzfristig im Sinne der Landtagsentscheidung Maßnahmen auf Landes- und kommunaler Ebene zu verwirklichen. Dabei lassen wir uns von drei Grundsätzen leiten:

- Im Mittelpunkt aller Bemühungen muss die Qualitätssteigerung des Unterrichts liegen.
- Die Beschulung von Migranten muss als Teil von schulischer Entwicklung insgesamt betrachtet werden. In deren Mittelpunkt stehen die zunehmend heterogenen Klassen. Sondermaßnahmen oder spezielle Förderschienen machen nur in Ausnahmefällen Sinn.
- Vor allem die Umsetzung erfolgreicher Beispiele guter Praxis muss in den Blick genommen werden. Dafür ist die Entwicklung von Arbeitsstrukturen innerhalb der Schulen und vor allem auf kommunaler

Ebene dringend erforderlich. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei, dass die Schulentwicklungspläne auch qualitative Daten mit einbeziehen.

Das Sofortprogramm beschränkt sich auf vier vorrangig zu bearbeitende Bereiche. Die Konzentration der vorhandenen Mittel auf diese Bereiche garantiert eine deutliche Verbesserung der schulischen Qualifikation der Migrantenkinder und Jugendlichen. Sie bedeutet zugleich auch eine Bündelung der Kräfte und das arbeitsteilige, gemeinsame und koordinierte Vorgehen mehrerer Beteiligter.

Wir haben versucht, eine solche Arbeitsteilung in den vier Vorschlägen zu skizzieren, um allen Beteiligten Möglichkeiten des Handelns aufzuzeigen. Die LAGA NRW wird auf Landesebene und mit den kommunalen Migrantenvertretungen vor Ort dieses Sofortprogramm beraten.

Es soll den kommunalen Migrantenvertretungen, den Vereinen und Organisationen der Migranten neue Motivation geben, für die Bildungschancen unserer Kinder noch aktiver zu werden. Gemeinsam werden wir die Eltern ansprechen und sie für die tätige Mithilfe bei der Umsetzung solcher Vorhaben gewinnen. Denn das Engagement der Betroffenen selber ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass an den Schulen noch mehr bewegt werden kann.

I. Koordinierte Alphabetisierung und mehrsprachiges Lernen in der Grundschule

Begründung

Die Erfahrung zeigt, dass schulisches Lernen nur in der deutschen Sprache ohne Koordinierung mit der Muttersprache eine der wesentlichen Ursachen für den mangelnden Schulerfolg von Migranten ist. Eine aufeinander abgestimmte sprachliche Entwicklung zwischen deutschem Regelunterricht und reformiertem Muttersprachlichen Unterricht entsprechend den neuen Richtlinien für den MSU ist dringend notwendig. Dies entspricht nicht nur den Bedürfnissen der Kinder, sondern ist auch eine moderne Antwort auf die in der Welt von heute notwendige Erziehung zur Mehrsprachigkeit. So fordert der obligatorische Englischunterricht ab Klasse 3 solide sprachliche Kenntnisse der Migranten in der Muttersprache und der Unterrichtssprache Deutsch. Durch den Einbezug der Muttersprache wird die allzu enge Ausrichtung auf Deutsch – Englisch durch weitere Sprachen ergänzt. Auch die deutschen Kinder können auf diese Weise die natürliche Mehrsprachigkeit der Migranten zum Ausbau ihrer eigenen sprachlichen Kompetenzen nutzen.

Handlungsfelder

Land

- ▶ Einrichtung von Studiengängen für den Muttersprachlichen Unterricht als ordentliches Unterrichtsfach an der Universität / Gesamthochschule Essen
- ▶ Einrichtung einer zweiten Lehramtsphase für den Muttersprachlichen Unterricht
- ▶ Gleichberechtigte Vergütung der Lehrkräfte für den Muttersprachlichen Unterricht
- ▶ Berücksichtigung der Kenntnisse von Migrantensprachen bei der Einstellung von neuen Lehrkräften.
- ▶ Einrichtung von Deutsch als Zweitsprache als obligatorischer Bestandteil in der ersten Phase der Lehrerbildung
- ▶ Koordinierung von Beispielen guter Praxis und deren systematische Vernetzung

Kommune

- ▶ Einrichtung bilingualer Klassen nach dem Modell der Meinolfsschule in Hagen (deutsch – italienisch) vor allem für die Sprachkombinationen deutsch – italienisch / griechisch / spanisch / türkisch
- ▶ Einrichtung von Klassen zur koordinierten Alphabetisierung und Weiterführung in Klasse 3 und 4 vor allem für die Sprachkombination deutsch – türkisch nach dem Modell der Essener Grundschulen
- ▶ Schaffung einer kommunalen Begleitstruktur unter Nutzung kommunaler Ressourcen (Fortbildung, pädagogische Beratung, Hausaufgabenhilfe)
- ▶ Entsprechend den vorhandenen Zielgruppen Einrichtung von Schwerpunktschulen vor allem für kleinere Sprachengruppen, um ein koordiniertes sprachliches Vorgehen in der Grundschule organisatorisch zu ermöglichen
- ▶ Integration des Themas Deutsch als Zweitsprache in die Qualitätszirkel auf Schulumtsebene. Schaffung mobiler Fortbildungsteams für die Umsetzungsbegleitung
- ▶ Nutzung der vorhandenen Ressourcen vor allem für diese Projekte (Integrationshilfe, RAA...)
- ▶ Nutzung der verschiedenen Nachmittagsangebote auch für die sprachliche Entwicklung, systematische Koordinierung von Nachmittagsangeboten mit dem Regelunterricht
- ▶ Nutzung von Internetpartnerschaften von MSU-Klassen mit Klassen aus den Herkunftsländern

- ▶ Schaffung von Steuergremien auf kommunaler Ebene unter Einbeziehung von MigrantInnen

Kommunale MigrantInnenvertretungen

- ▶ Entwicklung systematischer Arbeitsstrukturen zur Information der Eltern
- ▶ Schulung von ElternvertreterInnen für ihre qualifizierte Mitarbeit in schulischen Gremien
- ▶ Anfragen in der Kommune über Maßnahmen im Bereich der sprachlichen Entwicklung in der Grundschule

II. Deutschlernen und Mehrsprachigkeit in der Sekundarstufe

Begründung

In der Diagnose herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass die Deutschkenntnisse vieler MigrantInnen (und deutscher SchülerInnen) unzureichend sind und ein systematisches Konzept zur Verbesserung der unterrichtlichen Qualität fehlt. Das Nebeneinander verschiedener Maßnahmen mit eigenen Arbeitsstrukturen (Parallelarbeiten, Deutsch lernen in allen Fächern, neue Empfehlungen Deutsch als Zweitsprache, zusätzliche Förderung in den Klassen 5 und 6 mit Mitteln aus dem Zeitbudget) schafft eher eine neue Unübersichtlichkeit. Auch in der Sekundarstufe ist eine Koordination von Regel- und Muttersprachlichem Unterricht notwendig. Der Muttersprachliche Unterricht ist nicht nur eine wichtige Ressource zum Deutschlernen, sondern auch ein Beitrag zur Erziehung zur Mehrsprachigkeit. All dies spricht für eine Bündelung der Ressourcen und ihrer Koordination nach einem ausgearbeiteten Konzept.

Handlungsfelder

Land

- ▶ Einrichtung von Studiengängen „Deutsch als Zweitsprache“ als obligatorischer Bestandteil der Lehrerbildung
- ▶ Anerkennung des Muttersprachenunterrichts als ordentliche zweite Fakultät
- ▶ Einrichtung von Studiengängen von weiteren Sprachangeboten neben Türkisch im Lehramtsstudium an der Universität und weiteren Hochschulen des Landes



Aus vielen Quellen schöpfen

**MEHRSPRACHIGKEIT,
RELIGIÖSE UND
KULTURELLE
IDENTITÄT –**

**EINE
BEREICHERUNG
FÜR DIESE
GESELLSCHAFT**



Schwung für unsere Zukunft

**JUGENDLICHE AUS
ZUWANDERER-
FAMILIEN –**

**VIelfALT
ALS
CHANCE IN
AUSBILDUNG
UND
BERUF**



- ▶ Berücksichtigung der Kenntnisse von Migrantensprachen bei der Einstellung von neuen Lehrkräften und bei Beförderungen
- ▶ Koordinierung landesweiter Fortbildungsmaßnahmen im Bereich Deutschlernen in einem integrierten Programm
- ▶ Externe Evaluation der Stellen zur Integrationshilfe
- ▶ Verteilung der Stellen zur Integrationshilfe nach dem Modell der Bezirksregierung Düsseldorf, einheitliche Vergabe der Stellen durch den Dezernenten mit der Generale Migranten als besonderer Koordinierungsaufgabe

Kommune

- ▶ Erstellung eines kommunalen Sofortprogramms „Sprachen lernen in unserer Kommune“
- ▶ Einrichtung von Multiplikatorenschulungen für „Deutsch lernen in sprachlich heterogenen Klassen“ nach dem Modell der Hauptschulen des Schulamts für die Stadt Herne und Einrichtung eines Begleitservices für die beteiligten Schulen
- ▶ Bündelung kommunaler Ressourcen in diesem Bereich (Integrationshilfen, RAA, Fortbildung, Qualitätszirkel Deutsch, Zeitbudget...) für einen kommunalen Begleitservice
- ▶ Weiterführen bilingualer Schullaufbahnen aus der Grundschule in der Sekundarstufe
- ▶ Einrichtung der Unterrichtsfächer Muttersprache als Fremdsprache ab Klasse 7 bis zum Abitur

Kommunale Migrantenvertretungen

- ▶ Entwicklung systematischer Arbeitsstrukturen zur Information der Eltern
- ▶ Schulung von Elternvertretern für ihre qualifizierte Mitarbeit in schulischen Gremien
- ▶ Anfragen in der Kommune über Maßnahmen im Bereich der sprachlichen Entwicklung in der Sekundarschule
- ▶ Organisierung von öffentlichen Veranstaltungen zu diesen Fragestellungen

III. Interkulturelles Lernen als Regelaufgabe

Begründung

Zeitlich begrenzte Krisenmaßnahmen gegen den Rechtsradikalismus müssten abgelöst werden durch ein systematisches Konzept interkul-

tureller Erziehung. Nur so kann der weltweiten Herausforderung zum friedlichen Zusammenleben angemessen begegnet werden. Die Auseinandersetzung mit dem Fremden muss Teil der ständigen Bildungsarbeit an den Schulen, auch des Unterrichts werden. Dies erfordert das Zusammenleben in der Zuwanderungsgesellschaft, aber auch der Prozess der zunehmenden Einigung Europas.

Handlungsfelder

Land

- ▶ Verabschiedung des vom Landesinstitut für Schule und Weiterbildung erarbeiteten Handlungskonzepts zum interkulturellen Lernen als Leitlinie für das weitere Vorgehen
- ▶ Berücksichtigung von „interkulturellem Lernen“ als obligatorischem Bestandteil in der Lehrerbildung
- ▶ Berücksichtigung von interkulturellem Lernen im Fachunterricht unter Einbeziehung von Geschichte und Kultur der Migranten

Kommune

- ▶ Öffnung der Schulräume für interkulturelle Begegnungen
- ▶ Verzahnung der schulischen und außerschulischen Aktivitäten
- ▶ Vernetzung der Projekte auf kommunaler Ebene
- ▶ Ausweitung und Koordination der Interkulturellen Trainings für Multiplikatoren und Lehrer

Kommunale Migrantenvertretungen

- ▶ Anfragen/Anträge in der Kommune über Maßnahmen im Bereich des interkulturellen Lernens
- ▶ Organisation von öffentlichen Veranstaltungen zu diesen Fragen

IV. Einrichtung eines ordentlichen Unterrichtsfachs „islamische Religion“

Begründung

Der in Deutschland einmalige Schulversuch zur islamischen Religionskunde in NRW hat gezeigt, dass pragmatische, kurzfristige Lösungen durchaus möglich sind. Die Einrichtung eines entsprechenden ordentlichen Unterrichtsfachs islamische Religion ist ein wichtiger Beitrag zur Erfüllung der Bestimmungen des Grundgesetzes. Er zielt auf die Entwicklung der religiösen Identität vieler Schülerinnen und Schüler und

ist eine wichtige Voraussetzung für einen interreligiösen und auch interkulturellen Dialog an den Schulen.

Handlungsfelder

Land

- ▶ Schaffung eines Lehrstuhls für islamische Theologie an einer Hochschule in NRW
- ▶ Einrichtung eines ordentlichen Unterrichtsfaches „islamische Religion“ bzw. „islamischer Religionsunterricht“
- ▶ Entwicklung geeigneter Unterrichtsmaterialien
- ▶ Schaffung systematischer Angebote zur Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften

Kommunen

- ▶ Ermutigung von Schulen, sich an dem Schulversuch islamische Religionskunde zu beteiligen
- ▶ Organisierung eines Meinungs- und Erfahrungsaustauschs der beteiligten Schulen

Kommunale Migrantenvertretungen

- ▶ Sensibilisierung der Eltern für den Schulversuch und die Einrichtung eines ordentlichen Unterrichtsfaches
- ▶ Anträge in der Kommune auf Beteiligung weiterer Schulen an dem Schulversuch
- ▶ Organisierung von öffentlichen Veranstaltungen zu diesen Fragen

V. Neue Formen der Elternarbeit

Begründung

Zwischen Eltern und Schule gibt es vielfach ernste Kommunikationshindernisse. Es ist z.B. vielfach unklar, welche Rolle Familie und Schule jeweils bei der Erziehung zur Mehrsprachigkeit spielen sollen. Wir brauchen neue Formen der Kommunikation der Schulen mit den Eltern.

Zugleich ist es notwendig, dass die Eltern aktiver die schulische Entwicklung ihrer Kinder begleiten. Dazu gehört auch, dass die Migranteltern stärker als bisher in den schulischen Mitwirkungsgruppen und in den kommunalen und landesweiten Elternvertretungen mitarbeiten. Wesentlicher Bezugspunkt für ein neues Vorgehen sollte

dabei der von Ministerin Behler vorgeschlagene Pakt zwischen Schule und Eltern sein.

Handlungsfelder

Land

- ▶ Beauftragung des Landesentrums für Zuwanderung in Solingen, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten, das auf der Bündelung der bereits bestehenden Ressourcen beruht
- ▶ Herausgabe eines neuen Leitfadens zur Elternarbeit mit deutlichen Hinweisen auf außerschulische Dienste
- ▶ Jährliches Forum Elternmitwirkung mit den Landeselternschaften und Migrantenvereinen und -Vertretungen
- ▶ Einbringung dieses Themas in den Dialog Schule – Wirtschaft

Kommune

- ▶ Einrichtung von Projektstellen an Schulen mit hohem Migrantenanteil und deren Besetzung mit Migranten
- ▶ Einrichtung einer Elternhotline für Migranteneltern in Zusammenarbeit mit den sozialen Diensten etc. und Migrantenzentren
- ▶ Angebote für Eltern an den Schulen ihrer Kinder (Sprachenlernen, Erfahrungsaustausch nach dem Beispiel in Krefeld) durch VHS, Arbeitsamt ...
- ▶ Bereitstellung kommunaler Mittel zur Elternarbeit

Kommunale Migrantenvertretungen

- ▶ Entwicklung einer systematischen Elternarbeit in der Kommune
- ▶ Schulung von Elternvertretern für ihre qualifizierte Mitarbeit in schulischen Gremien
- ▶ Jährliche Foren auf kommunaler Ebene und der Elternvertretung

Die LAGA NRW wird sich in der kommenden Zeit mit den folgenden Projekten beschäftigen:

**KOSTENLOSE
BROSCHÜREN
ÜBER DIE
LAGA NRW**



- ▶ Wir werden in der Landespolitik um Unterstützung für dieses Sofortprogramm werben.
- ▶ Wir werden in zwei Kommunen modellartig die Arbeit der Ausländerbeiräte unterstützen, die Impulse setzen sollen für ein systematisches Vorgehen vor Ort.
- ▶ Wir werden Beispiele gelungener Elternarbeit in der Schule auflisten und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Vor diesem Hintergrund wollen wir Elternseminare veranstalten, in denen Eltern für die Arbeit in Schulkonferenz, Schulpflegschaft oder Stadtelternschaft qualifiziert werden sollen.

Auf die Dauer ist eine solche Arbeit nur auf der Grundlage von Ehrenamtlichkeit nicht zu leisten. Die LAGA NRW braucht eine nach BAT 2 bezahlte Projektstelle zur Koordinierung ihrer Elternaktivitäten.



JANUAR 2000 – INTEGRATION KONKRET:

Die Schulerfolge von Migranten verbessern!

1.

Die LAGA NRW beschäftigt sich seit ihrer Gründung 1996 intensiv mit bildungspolitischen Fragen. 1997 und 1998 haben wir dazu in Köln zwei große Konferenzen veranstaltet. Dabei ist uns deutlich geworden: Die Bildungsabschlüsse vieler Migranten sind besorgniserregend. Wenn man in diesem Lande geboren worden ist, bedeutet dies noch lange nicht, in diese Gesellschaft auch integriert zu sein. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund werden noch so lange ein wichtiges schulpolitisches Thema bleiben, bis es gelingt, ihr Bildungsniveau dem in dieser Gesellschaft üblichen anzugleichen. Und: Es mangelt gegenwärtig an geeigneten Strategien, um die Schulerfolge deutlich zu verbessern.

Wir halten deshalb die Zeit für gekommen, vor einer breiteren Öffentlichkeit aus Sicht der Migranten die derzeitige Lage zu beschreiben und praktische Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Diese Perspektive kann einen wichtigen Beitrag dazu liefern, Probleme und Erfolge realistisch zu benennen. Auf jeden Fall meinen wir, dass ohne die Einbeziehung der Migranten, ohne ihre Erfahrung und intime Kenntnis der Dinge realistische und vor allem effektive Lösungen vor Ort nicht zu haben sind. Die legitimen Wünsche der Migranteneltern sind gleichberechtigter Teil des gesamten Elternwillens. Sie müssen daher stärker als bisher in die Diskussion miteinbezogen und motiviert werden, ihre Mitsprachemöglichkeiten in Schule und Kommune tatsächlich wahrzunehmen. Nirgendwo sind leichter Brücken zu schlagen zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft als in dem gemeinsamen Bemühen um die Erziehung und das Wohl ihrer Kinder. Nirgendwo ist es wichtiger, sind doch sozial, sprachlich und kulturell heterogene Elternschaften der erstrebte Normalfall in einem sich immer stärker integrierenden Europa.

An dieser Stelle müssen wir selbstkritisch eingestehen, dass sich auch die LAGA NRW bisher zu wenig konkret um die Artikulation dieses Elternwillens bemüht hat. Wir wissen, dass sich die bildungspolitische Arbeit der LAGA NRW in diese Richtung weiter entwickeln muss. Dazu gehört vor allem die Qualifizierung von Beiratsmitgliedern und Vertretern von Vereinen und anderen Organisationen, damit sie

WIR HALTEN DIE ZEIT FÜR GEKOMMEN, VOR EINER BREITEREN ÖFFENTLICHKEIT DIE DERZEITIGE LAGE ZU BESCHREIBEN UND PRAKTISCHE LÖSUNGSVORSCHLÄGE ZU UNTERBREITEN.

sich aktiv und selbstbewusst an der kommunalen Bildungspolitik beteiligen können. Notwendig ist auch ein systematischer Einstieg in die Elternarbeit, gemeinsam mit anderen Partnern. Es geht darum, die oftmals tiefen Gräben zwischen der Schulkultur und den Bildungs- und Erziehungsvorstellungen vieler Eltern zu überwinden und geeignete Formen der Vermittlung zu finden. Die von der LAGA NRW 1997 herausgegebene Broschüre zur Elternarbeit war ein erster Schritt, dem nun ein Erziehungshandbuch in türkischer Sprache folgt. Gleichzeitig muss eine systematische Begleitstruktur aufgebaut werden, wie wir sie aus vielen Beispielen in anderen europäischen Ländern kennen und wie sie auch in den Beschlüssen des Europäischen Parlamentes und dem Aktionsprogramm der Europäischen Kommission gefordert wird. Aus Sicht der Migranten muss Bildungspolitik Teil einer europäischen Innenpolitik werden, die nach dem ökonomischen Einigungsprozess nun einen gemeinsamen Bildungsraum schafft und ihn entlang der sozialen und ökonomischen Bedürfnisse seiner Bewohner gestaltet. Nur so sind Chancengleichheit und berufliche Freizügigkeit für alle als Leitbegriffe eines europäischen Sozialraumes einzulösen.

AUSGANGSLAGE

2.

Trotz aller Fortschritte seit den 80er Jahren bleiben die Schulerfolge der Migranten unbefriedigend, der Abstand zu den deutschen Klassenkameraden ist noch immer groß. 1995/96 erreichten zweieinhalb mal so viele deutsche wie ausländische Schülerinnen und Schüler das Abitur, aber zweieinhalb mal so viele ausländische wie deutsche Schülerinnen und Schüler beendeten ihre Schulpflicht ohne Abschluss. Eine genauere Analyse zeigt, dass die Schulerfolge der einzelnen Ethnien sehr unterschiedlich sind: Während die Iranerinnen und Iraner besonders häufig das Abitur schaffen, sind die Abschlüsse vor allem bei italienischen, türkischen oder libanesischen Schülern besorgniserregend. Besondere Problemphasen mit einer hohen Gefahr des Scheiterns sind die Übergänge: Die Einschulungsphase, der Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I und der Übergang von der Sekundarstufe I in die gymnasiale Oberstufe oder die berufliche Bildung. Hinzu kommt schließlich, dass vergleichbare Abschlüsse bei den Migranten oft eine geringere Qualität aufweisen: Ihr Notendurchschnitt ist in der Regel deutlich schlechter als der der deutschen Schüler. Die

**TROTZ ALLER
FORTSCHRITTE
BLEIBEN DIE
SCHULERFOLGE
DER MIGRANTEN
UNBEFRIEDIGEND.**

Folge: Vielen ist der Weg in die Berufsausbildung verbaut, sie stellen einen überproportional hohen Anteil der arbeitslosen Jugendlichen. All dies signalisiert einen hohen Handlungsbedarf und verlangt nach einer Verbesserung der Qualität schulischen Arbeitens mit Migranten. Die Sicherung der Chancengleichheit der Migranten im Bildungswesen und ihrer Möglichkeiten, in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland gleichberechtigt mitzuwirken, müssen zum ökonomischen, kulturellen und sozialen Vorteil der gesamten Gesellschaft erstrangige Ziele einer Integrationspolitik bleiben.

3.

Die Debatte um Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung an den Schulen in NRW und die daran anknüpfenden Maßnahmen sind eine Schlüsselfrage zur Veränderung von schulischer Arbeit insgesamt, somit auch für eine Verbesserung des Schulerfolges der Migranten. Es geht um den Kern schulischer Arbeit, nämlich um die Frage: Was und wie müssen Schülerinnen und Schüler für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben in einer pluralistischen Gesellschaft innerhalb eines sich vereinigenden Europa lernen? Ein Problem dieser Debatte besteht aus unserer Sicht darin, dass sie zu wenig spezifische Zielgruppen thematisiert. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund spielen in der Debatte kaum eine Rolle, sie verschwinden hinter den allgemeinen Anforderungen, die an die Qualität schulischer Arbeit gestellt werden.

Allgemeine Standards gehen aber an den Problemen und Fähigkeiten spezieller Zielgruppen vorbei, wenn nicht präzise zielgruppenspezifische Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung vorgesehen sind. Dann werden diese Schülerinnen und Schüler mit schlechten Noten abgestraft. Jüngstes Beispiel für diese Problematik ist die neue Ausbildungsordnung Sekundarstufe I, die im §7 (4) die Benotung der Deutschkenntnisse auch im Fachunterricht einfordert. Diese Präzisierung ist notwendig. Sie macht jedoch nur Sinn, wenn sie verknüpft wird mit Maßnahmen zur Entwicklung von schulischen Herangehensweisen, die die Deutschkenntnisse tatsächlich verbessern können. Andernfalls läuft die aktuelle Qualitätsdebatte Gefahr, Bildungsgewinner und Bildungsverlierer zu produzieren. Das bedeutet: Eine Qualitätsdebatte müsste vor allem benachteiligte Schülerinnen und Schüler mit ihren speziellen Stärken und Schwächen im Blick haben und für diese Gruppen produktive Lösungsmöglichkeiten entwickeln. Die Sicherung von Chancengleichheit im Bildungssystem misst sich vor allem an den Maßnahmen für Bildungsbenachteiligte. Warum überprüft

**DIE QUALITÄTS-
DEBATTE MÜSSTE
VOR ALLEM BE-
NACHTEILIGTE
SCHÜLERINNEN
UND SCHÜLER IM
BLICK HABEN
UND PRODUKTIVE
LÖSUNGSMÖG-
LICHKEITEN ENT-
WICKELN.**

man im bundesweiten Ländervergleich neben den Kenntnissen in Mathematik nicht auch die Schulerfolge der Migranten?

4.

In NRW gibt es eine Reihe von Erlassen, Verfügungen und Empfehlungen, die sinnvolle Leitlinien für die schulische Arbeit mit Migranten sind und für deren Umsetzung erhebliche finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen. Vorbildlich ist die Bereitstellung von Stellen zur Integrationshilfe in allen Schulformen. Aber allzu oft werden diese Mittel im schulischen Alltag nicht zielgruppengenau und dadurch nicht effektiv genug eingesetzt. Es fehlen präzise Umsetzungspläne, die Mittelansatz und Mittelverbringung in tatsächliche Übereinstimmung bringen. Dies gilt auch für die Stellen zur Integrationshilfe. Ohne klare Aufgabenstellung verschwinden sie allzu oft in der allgemeinen Unterrichtsversorgung an den Schulen. Ähnliche Mängel lassen sich auf allen Ebenen schulischen Arbeitens beobachten, vom zuständigen Ministerium über die verschiedenen Stufen der Schulaufsicht bis hin zu den Schulen vor Ort. In allen Bereichen zeigt sich viel guter Wille, um die Bildungschancen aller Kinder zu verbessern, es fehlt aber in der Regel an spezifischen Konzepten und systematischen Strategien.

**ES FEHLT IN DER
REGEL AN
SPEZIFISCHEN
KONZEPTEN UND
SYSTEMATISCHEN
STRATEGIEN.**

5.

In vielen Schulen in NRW und in der Arbeit vieler Schulaufsichtsbezirke sind Beispiele guter Praxis entwickelt worden. Damit ist der Nachweis geführt, dass sich der Schulerfolg der Migranten sehr wohl verbessern lässt. Das Problem ist, dass in der Regel bereits die Nachbarschule davon keine Kenntnis hat. Es findet kein systematischer Transfer von Beispielen guter Praxis in die Fläche statt. Genau an dieser Stelle muss eine neue Strategie ansetzen. Hier liegt eine Quelle zur Verbesserung schulischer Arbeit verborgen, die zugleich Lehrerinnen und Lehrer motivieren, qualifizieren und in der weiteren Perspektive auch persönlich entlasten kann. Dazu gehört auch, dass Beispiele guter Praxis größere öffentliche Anerkennung finden müssen.

**BEISPIELE GUTER
PRAXIS WEISEN
NACH, DASS SICH
DER SCHULER-
FOLG DER
MIGRANTEN
SEHR WOHL
VERBESSERN
LÄSST.**

6.

Heterogene Klassen sind an vielen Schulen im Land NRW bereits Realität. Die Frage ist aber noch immer nicht systematisch beantwortet: Wie kann unter diesen Bedingungen Unterricht und Schulleben auf hohem Niveau und mit spannenden, bereichernden Auseinandersetzungen gestaltet werden? Allzu oft sind derartige Klassen für alle Beteiligten eine Quelle von Frust und Überforderung oder von Klagen

**HETEROGENE
KLASSEN SIND
DER NORMALFALL
IN ALLEN SCHUL-
FORMEN AUCH IN
DER ZUKUNFT.**

nach unerträglichem Niveauverlust. Heterogene Klassen sind aber keine Übergangserscheinung, sie sind der Normalfall in allen Schulformen auch in der Zukunft. Ein produktives Umgehen damit ist eine Schlüsselfrage für die Schule der Zukunft.

Dies bedeutet, dass die Migranten nicht fit für die weiterhin einsprachige, monokulturelle Schule gemacht werden dürfen, sondern dass Schule innovationsfreudig deren spezifisches Potential aufnehmen und für die eigene Qualitätsentwicklung nutzen muss. Die natürliche Mehrsprachigkeit dieser Kinder – auf welchem Niveau auch immer – muss endlich als wertvolle Fähigkeit und großer Erfahrungsschatz angesehen werden, und nicht als Störfaktor für einen reibungslosen Unterricht. Wir beobachten auf allen Ebenen eine große Unsicherheit, kompetent und professionell diese berufliche Herausforderung zu meistern, die oft an Hilflosigkeit grenzt. Das führt dazu, dass zur Erklärung für mangelnden Schulerfolg Kinder und Jugendliche in Stereotype gepresst werden. Damit wird ein gefährlicher Kreislauf in Gang gesetzt, der zu großer Besorgnis Anlass gibt.

7.

Sicherlich kann Schule nicht allein alle Probleme der multikulturellen Gesellschaft lösen. Aber sie muss doch ihre spezifischen Aufgaben in diesem Bereich verantwortungsbewusst wahrnehmen.

Eine dem interkulturellen und mehrsprachigen Lernen verpflichtete Schule eröffnet nicht nur den Migrantenkindern neue Chancen, sondern schafft auch neue Lernbedingungen für die nur deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler. Dies ist gerade in einer europäischen Perspektive bedeutend, denn in einem zusammenwachsenden Europa werden Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen für alle Beteiligten immer wichtiger.

ECKPUNKTE FÜR DIE VERBESSERUNG DER QUALITÄT SCHULISCHEN ARBEITENS MIT MIGRANTEN

8.

Es ist deutlich geworden, dass sich die Schule noch nicht auf das Lehren und Lernen in heterogenen Klassen eingestellt hat. Dazu ist ein Perspektivwechsel notwendig, der neben den Problemen der Migranten auch ihre Fähigkeiten in den Blick nimmt. Im Folgenden sollen aus unserer Sicht Schlüsselprobleme und Handlungsfelder aufgezeigt werden, auf die sich eine Debatte um das systematische Herangehen an

EINE DEM INTERKULTURELLEN UND MEHRSPRACHIGEN LERNEN VERPFLICHTETE SCHULE SCHAFFT AUCH NEUE CHANCEN FÜR DIE NUR DEUTSCHSPRACHIGEN SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER.

SCHLÜSSELPROBLEME UND HANDLUNGSFELDER

die Qualitätsverbesserung im schulischen Arbeiten mit Migrantenkindern konzentrieren sollte. Dabei geht es auch darum, endlich die vom Europäischen Parlament und der EU-Kommission in diesem Zusammenhang mehrfach formulierten europäischen Standards zu verwirklichen.

**QUALITÄTSVER-
BESSERUNGEN
MÜSSEN SICH AN
EUROPÄISCHEN
STANDARDS
ORIENTIEREN**

▮ Sicherung eines flächendeckenden Angebots an Kindertagesstätten mit einer vorschulischen Erziehung: Die wachsende Heterogenität der Kinder in sprachlicher, kultureller und sozialer Hinsicht erfordert eine stärkere Vorbereitung auf die Schule bereits im Kindergartenalter durch eine bewusste vorschulische Erziehung ähnlich dem Kita-Projekt in Essen, wo gezielt die sprachlichen und motorischen Fähigkeiten der Kinder entwickelt und dabei ihre Erlebniswelten in den Bereich der Mehrheitsgesellschaft hinein erweitert werden.

**VORSCHULISCHE
ERZIEHUNG**

▮ Einbeziehung von interkulturellem und mehrsprachigem Lernen in die ErzieherInnenausbildung, Einstellung und adäquater Einsatz von jungen Migranten als ErzieherInnen: Damit die Kinder „dort abgeholt werden können, wo sie sind“, muss das Personal in den Kindertagesstätten entsprechend sensibilisiert und kompetent aus- und fortgebildet werden. Am einfachsten geht dies in kollegialer und reflektierter Zusammenarbeit heterogener ErzieherInnenteams.

**ERZIEHER-
INNENAUS-
BILDUNG**

▮ Mehrsprachige Schullaufbahnen für alle Kinder: Sprachliches Lernen in der Schule muss insgesamt überdacht werden. Dazu gehört vor allem die Überwindung der randständigen Rolle des Muttersprachlichen Unterrichts und ein integriertes Vorgehen im sprachlichen Lernen. Notwendig sind vor allem Projekte in der koordinierten zweisprachigen Alphabetisierung in der Grundschule. Bei ihrer Errichtung können die Erfahrungen des Koala-Projekts an über 20 hessischen Grundschulen und die beispielhafte Materialentwicklung im Rahmen der Berliner Modellversuche genutzt werden. Für die zweisprachige deutsch-italienische Erziehung sind die Grundschulen in Wolfsburg, Frankfurt und Hagen beispielhaft. Dazu gehört auch die Weiterführung derartiger Vorhaben in der Sekundarstufe. Als Beispiele seien hier genannt: Die deutsch-italienische Gesamtschule in Wolfsburg, Angebote der Muttersprache als 2. Fremdsprache in einzelnen Schulen aller Schulformen in NRW und bilinguale Angebote im Bereich der Berufskollegs, für die stellvertretend das Berufskolleg Südstadt in Köln steht.

**MEHRSPRACHIGE
SCHUL-
LAUFBAHNEN**

▮ Verbesserung der Deutschkenntnisse: Die Erfahrungen belegen, dass

viele Migranten in der deutschen Sprache im mündlichen Sprachgebrauch zwar eine hohe Kompetenz besitzen; doch wenn es um differenzierten Ausdruck oder die Beschäftigung mit Texten geht, haben sie mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Im Mai 1999 hat sich eine Tagung im Landesinstitut für Schule und Weiterbildung mit dieser Thematik beschäftigt. Es wurde deutlich: Schon seit längerer Zeit liegen alle Grundlagen für ein verbessertes didaktisches und methodisches Konzept vor. Sie sind bisher nur noch nicht zum Allgemeinwissen in Schulen geworden. Innerhalb der nächsten zwei Jahre müssen innerhalb der Bezirksregierungen und Kommunen tragfähige Strukturen geschaffen werden, die Schulen bei der fächerübergreifenden Spracherziehung „Deutsch als Arbeitssprache“ unterstützen. Dabei ist vor allem die Koordination mit dem Muttersprachlichen Unterricht wichtig.

VERBESSERUNG DER DEUTSCH- KENNTNISSE

- ▮ Evaluation der Stellen für Integrationshilfe: Grundlage für einen zielgenauen Einsatz dieser Stellen muss eine externe Evaluation der bisherigen Praxis sein. Eine einfache Abfrage wird diesem Ziel nicht gerecht. Mit der Evaluation könnte das Landeszentrum für Zuwanderung beauftragt werden. Ausgehend davon sind Konzepte der inhaltlichen Füllung, der optimalen Verteilung und einer produktiven Evaluation für diese Stunden landesweit zu entwickeln.
- ▮ Einrichtung eines eigenständigen Unterrichtsfaches „Islamische Religionskunde“: Der im Schuljahr 1999/2000 beginnende Schulversuch ist ein sehr wichtiger Schritt auf dem Wege zur Einrichtung eines solchen Faches. Bei sprachlich homogenen Schülergruppen sollte die Muttersprache als Arbeitssprache benutzt werden. Fragen der Religion oder der Traditionen sind am leichtesten und tiefgehendsten in der Muttersprache zu behandeln. Dies ist nicht zuletzt eine Erfahrung aus der „islamischen Unterweisung“ innerhalb des Muttersprachlichen Unterrichts. Außerdem könnte dieses Verfahren eine Anerkennung der Muttersprache der Schülerinnen und Schüler sein. In sprachlich gemischten Gruppen muss die Unterrichtssprache Deutsch sein. Unbedingt zu klären ist die Frage, welche Lehrer langfristig dieses Fach unterrichten sollen. Dazu schlagen wir die Einrichtung eines Lehrstuhls für islamische Theologie vor.
- ▮ Interkulturelles Lernen als Querschnittsaufgabe des Sach- und Sprachunterrichts: Die Erfahrungen auf diesem Feld sollten systematisiert und eingebracht werden in ein landesweites Aktionspro-

EVALUATION DER INTEGRATIONS- HILFEN

ISLAMISCHE RELIGIONS- KUNDE

INTER- KULTURELLES LERNEN ALS QUERSCHNITTS- AUFGABE

gramm, das besonders Auseinandersetzungen mit Rassismus, Sexismus und Fremdenfeindlichkeit thematisiert.

- ▶ **Motivierung und Kompetenzerweiterung einer multikulturellen Lehrerschaft:** Gerade die Erfahrung in anderen Ländern, etwa in England, zeigen, dass multilinguale und multikulturelle Schülergruppen multikulturelle Lehrerkollegien benötigen. Die Schulpolitik in NRW hat in der Vergangenheit dafür gute Voraussetzungen geschaffen. An vielen Schulen sind solche Kollegien bereits Realität. Doch die Kompetenzen der Muttersprachenlehrer werden an den meisten Schulen – wenn überhaupt – mehr als Feuerwehr benutzt. Es sind praktische Schritte zu ihrer Integration in die Kollegien (Hospitationen, gleichberechtigte Mitarbeit in unterrichtlichen Projekten und in der Beratung u.a.) und in die Regelangebote der Lehrerfortbildung notwendig. In den Staatlichen Europaschulen Berlin gehören solche Ansätze zum Alltag von Schule und Lehrerfortbildung. Zudem ist die Einstellung von jungen Migranten in den Lehrerberuf nicht nur für das Fach Muttersprachlicher Unterricht dringend. In der ersten und zweiten Phase der Lehrerausbildung ist das Lehren und Lernen in heterogenen Klassen als obligatorischer Lernstoff zu behandeln.

MULTI-KULTURELLE LEHRER-KOLLEGIEN

- ▶ **Fortbildung der Schulleiter:** Die Leitung von Schulen mit heterogener Schülerschaft und heterogenen Kollegien stellt besondere Anforderungen. Ihre professionelle Bewältigung muss systematischer Bestandteil der Schulleiterfortbildung aller Schulformen sein. Viele Beispiele guter Praxis zeichnen sich vor allem durch eine besonders aktive Rolle der Schulleitungen aus.

AKTIVE ROLLE DER SCHULLEITUNGEN

- ▶ **Zusammenarbeit zwischen schulischen und außerschulischen Einrichtungen:** Das Hineinwachsen in diese Gesellschaft ist ein komplexer Prozess, den Schule nicht alleine leisten kann. Sie ist angewiesen auf Unterstützung und zielgruppenspezifische Hilfen. Öffnung von Schule, langfristige und systematische Kooperationen mit sozialen und Beratungsdiensten in ihrem Umfeld sind daher das Gebot der Stunde. Diesem Gebot entsprechen auch die programmatischen Initiativen der verschiedenen Ministerien. Aber auch deren Umsetzung erfolgt nicht naturwüchsig. Zu lange haben sich Schul- und Jugendbereich auseinander und oft gegeneinander entwickelt. Nur mit erheblichen Anstrengungen kann ein solch unproduktives Nebeneinander beendet werden. Auch hier gilt, die Kooperationsfähigkeit beider Seiten anhand bestehender Beispiele guter Praxis zu erhöhen.

KOOPERATION VON SCHULEN MIT PARTNERN

Grundvoraussetzung dafür ist die Anerkennung der Tatsache, dass Kooperation Zeit kostet. Diese Zeit muss systematisch eingerechnet und projektbezogen bereitgestellt werden. Nur so ist gewährleistet, dass es nicht zu unverbindlichen Gemeinsamkeiten, sondern in einem arbeitsteiligen Vorgehen zu gemeinsamen Erfolgen kommt. Eine solche Arbeitsteilung muss strukturell abgesichert sein und wirkungsvoll koordiniert werden. Dies ist eine unverzichtbare Forderung der Schulen an den Schulträger. Beispiele für vorbildliche kooperative Regelungen finden wir in unseren Nachbarländern Holland (Heerlen) und Niedersachsen (Göttingen).

► **Berufskollegs / Übergang Schule – Beruf:** Mit den zum 1.8.1999 in Kraft getretenen Neuregelungen zum Berufskolleg eröffnen sich gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund neue Perspektiven. Ihre produktive Nutzung hängt zentral davon ab, insbesondere im Bereich der Vorklassen und des BGJ eine genaue Arbeitsteilung zwischen den Schulen und anderen Maßnahmeträgern unter Beteiligung der Arbeitsverwaltung zu organisieren. Das gemeinsame Ziel muss sein, auch diesen Bereich zu dualisieren, d.h. mit hohen Praxisanteilen in Betrieben des ersten Arbeitsmarktes zu versehen. Dazu gehört, die bestehenden Kooperationserlasse mit Leben zu erfüllen und gemeinsam die pädagogische Übergabe von der Sekundarstufe I in Ausbildung und Qualifizierung zu gewährleisten. Die beste Lösung für einen nachhaltigen Erfolg versprechen örtliche Netzwerke mit einem gemeinsamen Übergangmanagement, das die vorhandenen Kräfte bündelt, unnötige Parallelarbeit verhindert und Transparenz und Zielgenauigkeit garantiert. Die bereits bestehenden Erfahrungen solcher Netzwerke z.B. in Köln und Alsdorf sollten landesweit ausgewertet, in regionalen Konferenzen vorgestellt und gezielt ausgeweitet werden.

► **Neue Wege in der Elternarbeit:** Die Förderung einer aktiven Rolle der Eltern in der Schule ist eine zentrale Voraussetzung für eine Verbesserung der Schulerfolge der Kinder und Jugendlichen. Voraussetzung dafür ist der Verzicht auf eine Bevormundung der Eltern und die Respektierung ihrer durch das Schulmitwirkungsgesetz festgelegten Rechte als Mindeststandards. Diese sind oft nicht bekannt (z.B. Wahl der Elternvertretung in MSU-Klassen etc.), so dass besonderes Gewicht auf eine nachhaltige Information von Schulen, Lehrern und Eltern gelegt werden muss. Bei der Entwicklung geeigneter Formen zur Einbeziehung der Eltern müssen die Organisationen der Migran-

**ÜBERGANGS-
MANAGEMENT
ZWISCHEN
SCHULE /
AUSBILDUNG /
ARBEIT**

**NEUE WEGE
IN DER
ELTERNARBEIT**

ten eine wichtige Rolle als Mittler spielen. Die jüngste Entwicklung in Essen, wo die unterschiedlichen türkischen Migrantenvereine und -organisationen eine gemeinsame Bildungskommission gebildet haben, ist dabei von besonderem Interesse. Auch in diesem Bereich gilt es, Beispiele guter Praxis auszuwerten und in die Fläche zu bringen. Dabei kann ein Blick über die Landesgrenzen hinaus, z. B. nach Holland, sehr lehrreich sein.

UMSETZUNGSSTRATEGIEN

9.

Das entscheidende Problem ist in NRW nicht die Entwicklung neuer Erlasse und Empfehlungen oder die Bereitstellung neuer Gelder. Es geht in erster Linie um geeignete Umsetzungsstrategien, mit denen erprobte Konzepte in die Fläche gebracht werden können. Ohne eine Lösung dieser Frage verkommt schulische Innovation zur Proklamation guten Willens, die vielleicht das schlechte Gewissen beruhigen kann.

10.

Eine Verbesserung der schulischen Qualität in den benannten Handlungsfeldern ist nur zu erreichen, wenn die beteiligten Institutionen ihr Handeln aufeinander abstimmen. Wir müssen feststellen, dass in der Vergangenheit Ressortdenken, Eifersüchteleien und das Verfolgen partieller Interessen in vielen Fällen eine gemeinsame koordinierte Arbeit verhindert haben. Dies führte auch zu paralleler Arbeit in identischen Themenbereichen, ohne dass eine für die jeweilige Institution spezifische Schwerpunktsetzung erkennbar gewesen wäre. Die beteiligten Institutionen müssen ihr Handeln aufeinander abstimmen. Es stellt sich die Frage: Welchen Beitrag wird jede Institution mit ihren spezifischen Kompetenzen leisten, damit es zu einer deutlichen Verbesserung der Qualität kommt?

Das Landeszentrum für Zuwanderung in Solingen müsste seinen eigenen Platz im Rahmen eines koordinierten Vorgehens bestimmen. Das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest müsste die schulische Arbeit mit Migrantenkindern als integraler Bestandteil von heterogenen Klassen zu einer Querschnittsaufgabe seiner Arbeit machen. Auf diese Weise könnte dieser Arbeitsbereich dringend notwendige neue Impulse erhalten. Dies ist besonders wichtig im Bereich der Qualitätssicherung: Ohne eine Berücksichtigung der Realität hetero-

**ERPROBTE
KONZEPTE IN DIE
FLÄCHE BRINGEN**

**DIE BETEILIGTEN
INSTITUTIONEN
MÜSSEN IHR
HANDELN
AUF EINANDER
ABSTIMMEN.**

gener Klassen wird die Wirksamkeit anderer Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen Abschlüsse von Migranten bedroht. Wichtig ist auch die Zusammenarbeit mit lokalen Partnern und Netzwerken, damit gute Projekte und Konzepte auch den Weg von Soest in den schulischen Alltag finden.

11.

Bei der Frage nach den Ursachen für Erfolge und Misserfolge von Migranten in der Schule gibt es viele Vermutungen. Aber welche stimmen und welche nicht? Was ist Realität, was ist Vorurteil? Wie sind die Schulerfolge der einzelnen Ethnien? Wann und wo hakt es eigentlich? Welche Ursachen gibt es dafür? Welche Strategien verfolgen Schulen und Schulaufsicht? Wie erfolgreich sind die einzelnen Strategien? Was geschieht mit den Programmen der Landesregierung? Für eine systematische Verbesserung der Qualität ist die Beantwortung dieser Fragen von großer Bedeutung. Wir meinen, dass eine entsprechend angelegte Untersuchung zur Klärung dieser Fragen notwendig ist und eine große Hilfe wäre. Sie könnte vom Landeszentrum für Zuwanderung in Solingen erarbeitet werden. Als Vorbild kann dabei die englische Untersuchung „Raising the attainment of minority ethnic pupils“ dienen, die das Office for Standards in Education 1999 im Auftrag des englischen Erziehungsministeriums veröffentlicht hat und in dem die Qualität schulischen Arbeitens mit Migranten untersucht worden ist.

12.

Ziel aller Überlegungen muss die Gestaltung regionaler und kommunaler Schul- und Bildungslandschaften sein, die sich an dem vorhandenen Bildungspotential und der zukünftigen Berufs- und Arbeitswelt sowohl im regionalen wie im europäischen Kontext orientiert.

Kommunale Schulentwicklungspläne dürfen sich daher nicht nur auf quantitative Aspekte der schulischen Versorgung beschränken, sondern müssen viel stärker qualitative Vorstellungen über zielgruppenspezifische Angebote beinhalten. Dies setzt voraus, dass schulischer Bedarf an Mehrsprachigkeit und anderen Integrations- und Qualifizierungserfordernissen stärker als bisher erhoben, bei der Gestaltung der kommunalen Schullandschaft berücksichtigt und dementsprechend in den Schulprogrammen verankert wird.

Die Umsetzung solcher Pläne erfordert die Zusammenarbeit der im Bereich Kinder, Jugend, Schule und Bildung existierenden Dezernate und Ämter. Sie müssen eine Kooperationskultur entwickeln, gemeinsa-

**ERHEBUNG
WISSENSCHAFT-
LICHER
GRUNDLAGEN**

**ANGEBOTS-
PLANUNG FÜR
SCHULE UND
BILDUNG**

me Evaluation betreiben und in einem dynamischen Prozess eine Arbeitsteilung finden, die sowohl den professionell spezifischen Arbeitsauftrag wie eine Zusammenarbeit mit verteilten Rollen ermöglicht.

Erfahrungen legen nahe, ein umsetzungsorientiertes Koordinierungsgremium auf kommunaler Ebene zu bilden.

Eine solche Arbeitsstruktur muss von der kommunalen Politik gewollt und initiiert und von den zuständigen politischen Gremien kontinuierlich beobachtet und kontrolliert werden.

Die Ausländerbeiräte haben in den entsprechenden Beratungen ihren Platz.

13.

Sowohl im planerischen Bereich wie im Umsetzungsprozess spielt die örtlich zuständige Schulaufsicht eine unverzichtbare Rolle. Ihre Kenntnis der Schulen vor Ort, ihre Zuständigkeit im Bereich Lehrerversorgung und Qualitätsentwicklung und ihre Verantwortung für die Kommunikationsstrukturen der Schulen untereinander sind zentrale Bestandteile eines kommunalen Bildungsmanagements.

Ihre Einbindung in überörtliche Arbeitsstrukturen und den Erfahrungsaustausch sichert außerdem einen Informationsfluss, der zu örtlichen Innovationen genutzt werden kann und ihr die Qualitätssicherung- und entwicklung als Hauptanliegen ermöglicht.

Dabei käme es darauf an, die Arbeit mit guten Praxisbeispielen zu systematisieren, Netzwerke auf lokaler und überregionaler Ebene zu unterstützen und die notwendigen Ressourcen entsprechend zu steuern.

14.

Die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) waren in der Vergangenheit eine erfolgreiche und unverzichtbare Einrichtung, die sinnvollerweise ausgebaut wird. Ohne ihre praktische Arbeit ist Integration auf kommunaler Ebene nicht zu leisten. Angesichts neuer Herausforderungen stehen die RAA's allerdings nach unserer Meinung vor einer Neuorientierung ihrer bildungspolitischen Arbeit. Davon geht auch das von der RAA erarbeitete neue Leitbild aus. In der Arbeit der RAA's sehen wir eine Reihe von Schwierigkeiten:

► Die Kommunen schieben in vielen Fällen den RAA's all die Fragen und Probleme zu, die mit Migranten zu tun haben. Dieses „Feuer-

**QUALITÄTS-
MANAGEMENT
DER SCHUL-
AUFSICHT**

**DIE RAA'S
SIND
UNVERZICHTBARE
EINRICHTUNGEN,
SIE STEHEN VOR
EINER NEU-
ORIENTIERUNG
IHRER BILDUNGSPOLITISCHEN
ARBEIT.**

wehr-Denken“ ist eine klare Überforderung und führt oft zu einer unsystematischen und ineffektiven Arbeit.

- ▶ Wir vermissen eine klare schulpolitische Schwerpunktsetzung, die die Qualifizierung der Migranten zum Ziel hat und versucht, Ursachen für mangelnden Schulerfolg systematisch zu beheben.
- ▶ Die Arbeit mit den Migranten, die schon lange hier leben oder hier geboren sind, spielt oft eine untergeordnete Rolle. Es hat sich jedoch gezeigt, dass viele Kinder der 2. oder 3. Generation nicht einfach in die deutsche Sprache oder Kultur hineinwachsen, so dass man mögliche Probleme aussitzen könnte.
- ▶ Es gibt kein systematisches Herangehen an Fragen der Umsetzung.
- ▶ Es wird zu wenig Wert auf eine systematische Qualifizierung der Migranten und ihre Einbeziehung in verantwortliche Positionen gelegt. Die spezifischen Kompetenzen der Migranten, ihre Kenntnisse der entsprechenden Lebenswelten und ihr Verständnis für notwendige schulische Veränderungen werden viel zu wenig genutzt.

Die notwendige Neuorientierung müsste sich in Konkretisierung der neuen RAA-Leitlinien in folgendem Rahmen bewegen:

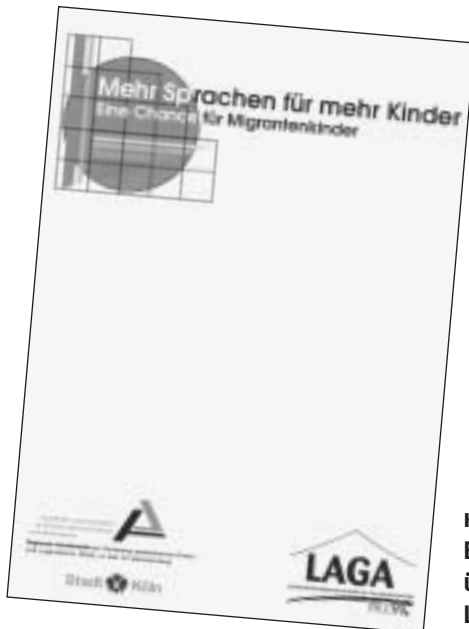
- ▶ Die RAA's müssten sich verstärkt mit den seit langem hier lebenden Migranten auseinandersetzen. Dies hat vielfach eine stärkere Konzentration auf schulische Themen zur Folge. Was diese Migranten dringend brauchen, ist weniger eine persönliche Betreuung als der Erwerb einer qualifizierten Bildung und beruflichen Ausbildung. Dazu gehört vor allem die Beschäftigung mit ausgewiesenen Schlüsselfragen, die eine Verbesserung ihres Schulerfolges bewirken können.
- ▶ Die RAA müssten sich konzentrieren auf die Entwicklung und Pflege kommunaler Netzwerkstrukturen, die den Erfahrungstransfer von Beispielen guter Praxis organisieren und erprobte Lösungen in die Fläche bringen. Dazu gehören die Arbeit mit lokalen und überregionalen Partnern, das Ressourcenmanagement und die Dokumentation von Projekten.
- ▶ Die Hauptstelle RAA NRW müsste sich stärker in der Entwicklung und Pflege derartiger Netzwerke engagieren und in diesem Zu-

sammenhang eine Dienstleistungsfunktion für die kommunalen RAA übernehmen. Dazu gehört auch die systematische Nutzung europäischer Erfahrungen und europäischer Programme.

- Die RAA's müssten auf eine systematische Qualifizierung von Migranten und ihre Einbeziehung in verantwortliche Positionen innerhalb der RAA setzen.

15.

Die LAGA NRW ist vor allem daran interessiert, dass die in NRW vorhandenen Ressourcen sinnvoll verwendet werden. Die bestehenden Probleme sind nicht dadurch zu lösen, dass nur zugewartet und reagiert wird. Der Integrationsprozess im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens muss aktiv und planmäßig vorangetrieben werden. Wir können nicht von den ehrenamtlichen Mitgliedern der Migrantenvertretungen ein ständiges und hohes Engagement erwarten und gleichzeitig die Augen davor verschließen, dass mangelndes Engagement in den öffentlichen Einrichtungen in diesem Bereich weithin folgenlos bleibt. Qualitätsentwicklung gerade auf diesem schwierigen Arbeitsfeld darf nicht auf Leistungsanreize und negative Sanktionen verzichten.



**KOSTENLOSE
BROSCHÜREN
ÜBER DIE
LAGA NRW**

Die Stellungnahmen zum LAGA-Papier in der Diskussion

Februar 2001

Die Zustimmung zu den wichtigsten Aussagen des LAGA - Papiers ist groß. So stellen die SPD-Landtagsabgeordneten Vera Dedanwala und Manfred Degen „eine weitgehende Übereinstimmung Ihrer Positionen mit unseren politischen Vorstellungen“ fest. Der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Bernhard Recker, erklärt: „Der Gesamteindruck war insgesamt sehr positiv.“ Die ehemalige Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Christiane Bainski, sieht das Papier „von großem Engagement und fachlicher Qualifikation getragen“, und schließlich freut sich die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Marieluise Beck, „über die Beschreibung der notwendigen Handlungsfelder sowie Ihre Vorschläge für ein koordiniertes Vorgehen bei der Umsetzung.“ Wie andere auch hält die Sprachwissenschaftlerin Dr. Gerlind Belke (Uni Dortmund) das Papier für „konstruktiv, praktikabel und konkret“, der Geschäftsführer des Philologenverbandes, Rolf Steuwe, sieht es als einen „wertvollen Beitrag, die dazu geführte Diskussion zu systematisieren und zu versachlichen.“

Es freut uns, dass unser Anliegen offenbar so verstanden worden ist, wie es gemeint war. Wir wollten einen konstruktiven Beitrag leisten für eine notwendige Debatte über machbare Vorschläge, die über den gegenwärtigen Zustand hinausführen. Es ging uns nicht um eine allgemeine Klage oder gar Schuldzuweisung. Die positive Reaktion, die bei allen Stellungnahmen zu finden ist, schafft natürlich eine gute Grundlage für eine Vertiefung der Diskussion.

Gerade aus den Kommentaren der Politik wird deutlich: Es geht bei unserem Thema nicht um einen unwichtigen Randbereich unserer Gesellschaft. Vielmehr steht ein grundlegendes Prinzip auf dem Spiel, das Leitlinie für gesellschaftliches, auch staatliches Handeln sein muss: Die Chancengleichheit. Die Frage ist, wie Chancengleichheit unter den Bedingungen der multikulturellen Gesellschaft mit ihren neuen Chancen, aber auch Problemen erreicht werden kann. V. Dedanwala und M. Degen (SPD) formulieren es so: „Dementsprechend ist unsere Bildungspolitik darauf gerichtet, allen Kindern und Jugendlichen optimale Bildungschancen unabhängig von ihrer Herkunft und vom Einkom-

**DIE ZUSTIMMUNG
ZU DEN
WICHTIGSTEN
AUSSAGEN DES
LAGA-PAPIERS
IST GROSS.**

**ES GEHT UM EIN
GRUNDLEGENDES
PRINZIP:
DIE
CHANCEN-
GLEICHHEIT.**

men der Eltern zu ermöglichen. Die Verbesserung der Bildungschancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen, insbesondere solcher mit Migrationshintergrund, und damit auch die Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Perspektiven durch besondere Förderung, begreifen wir als zentrale bildungspolitische Aufgabe." B. Recker (CDU) sieht die Gefahr, dass „sich die Zahl der sog. ‚Bildungsverlierer‘ erhöht, die in diesem System unterzugehen drohen. Dieser Entwicklung muss mit schnellstmöglichen Maßnahmen entgegengewirkt werden. Dass sich die Chancengleichheit in der Bildung hauptsächlich in den Maßnahmen für Bildungsbenachteiligte zeigt, stellen Sie auch unserer Ansicht nach zu Recht dar." Der Bildungsjournalist Karl-Heinz Heineemann (Köln) sieht in mangelnder Chancengleichheit „eine hohe Sprengkraft" für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, wenn „weitere Anstrengungen" (V. Dedanwala / M. Degen, SPD), „erhöhter Handlungsbedarf" (B. Reckers, CDU), „die Umsetzung in der Breite, in den Kommunen" (C. Bainski, Bündnis 90/Die Grünen) oder „neue Ansätze" (M. Beck, Bundesbeauftragte) gefordert bzw. festgestellt werden.

Der Leitgedanke „Chancengleichheit" ist eine wichtige Präzisierung des LAGA - Papiers. Dieser Schlüsselbegriff formuliert einmal eine Zielperspektive für die offensichtlich notwendigen neuen Anstrengungen. Gleichzeitig lenkt er den Blick auf die Institutionen des Bildungswesens, d.h. auf die Frage, welchen Beitrag sie zur Erreichung dieses Ziels leisten. Die Erfahrung zeigt, dass sich der Alltag der Institutionen erst ganz wenig auf die multikulturelle Realität eingestellt hat. Es ist interessant, dass Prof. Faruk Sen (Zentrum für Türkei-studien, Essen) gerade im Verhalten der Institutionen eine wesentliche Ursache von mangelhaften Schulerfolgen sieht: Nach seiner Erfahrung beklagen sie immer noch „die mangelnde Anpassung an die oft ausschließlich auf die Aufnahmegesellschaft zugeschnittenen Bildungskonzeptionen," anstatt „tragfähige Konzepte, die die spezifischen Bedürfnisse der Zuwanderer berücksichtigen", in die Fläche zu bringen. Chancengleichheit bedeutet offensichtlich auch, dass die Kompetenzen der Migranten, ihre sprachlichen Kenntnisse, religiösen oder Lebenserfahrungen in die Schule mit einbezogen werden und vor diesem Hintergrund ein Klima der Ermutigung und hohen Anforderung entsteht. In den Institutionen ist nicht die Auffassung Allgemeingut, „dass innovative Ansätze für Kinder mit Migrationshintergrund eine positive Wirkung für das gesamte schulische Leben haben", stellt Wolfgang Barth vom Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Bonn, fest.

In den Kommentaren werden wichtige, auch kontroverse Punkte für die weitere Debatte deutlich, aber auch Schwachstellen des LAGA-Papiers. Zu einigen Themenbereichen möchten wir hier Stellung nehmen.

► Mehrsprachiges Lernen, die Einbeziehung der sprachlichen Kompetenzen der Migranten auch in das schulische Lernen wird immer wieder betont. R. Steuwe (Philologenverband NW) hält es für „wichtig, dass Migranten die Kultur ihres Herkunftslandes kennen; das schließt hinreichende Kenntnisse der Sprache in Wort und Schrift ein.“ G. Belke (Universität Dortmund) betont dabei: „Der Grundschuldidaktik kommt eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung von Konzepten zu, die der Mehrsprachigkeit in unseren Schulen gerecht zu werden versuchen.“ Aber: Welche Rolle soll bei der Erziehung zur Mehrsprachigkeit die Einführung eines Englischunterrichts schon in der Grundschule ab 2003 spielen? Wird nicht die Mehrsprachigkeit durch eine Zweisprachigkeit Deutsch – Englisch verdrängt? Natürlich kommt heute niemand um das Erlernen der englischen Sprache herum. Warum aber wird das Erlernen dieser Sprache verlängert, obwohl die Sprachforschung bewiesen hat, dass der Lernzuwachs nach 5 Jahren schulischem Englischunterricht gegen Null strebt? Dies widerspricht eindeutig den Zielvorstellungen der Europäischen Union, wie sie noch einmal für das „Europäische Jahr der Sprachen 2001“ benannt worden sind, und läuft auch den Interessen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zuwider. Im Übrigen: Die in ganz Europa festzustellende Konzentration auf die Kombination Landessprache – Englisch führt auch dazu, dass in den anderen europäischen Staaten weniger Deutsch gelernt wird. Hier gibt es offensichtlich Klärungsbedarf.

► Eine weitere Frage ist die Erweiterung der Sprachkompetenz in der deutschen Sprache. Für C. Bainski (Bündnis 90/Die Grünen) liegt „in einer qualifizierten Sprachentwicklung ein Schlüssel für schulischen Erfolg“. Die Frage ist aber: Wie kann diese Erweiterung konkret aussehen? Dazu sind nach unserer Ansicht nicht so sehr externe Förderkonzepte notwendig, vielmehr stellt sich hier das Problem des Regelunterrichts in heterogenen Klassen. Dieser Regelunterricht ist das eigentliche Problemfeld. Es geht um eine Didaktik und Methodik des Deutschlernens im Regelunterricht, wobei alle Fächer gefragt sind, nicht nur der Deutschunterricht. Die Praxis eines vom Regelunterricht losgelösten Förderkonzepts kann nach aller Erfahrung in den

Ausländerbeiräte für mehrsprachige Schulen

Von RALPH FLEISCHHAUER

DÜSSELDORF. Manchmal sprechen Zahlen eine deutlichere Sprache als tausend Worte: Der Anteil der ausländischen Schüler in NRW liegt bei 13,3 Prozent, unter den Abiturienten des Jahres 1998 aber waren nur 6,4 Prozent Ausländerkinder; gleichzeitig stellten sie 31,1 Prozent jener Schüler, die ohne Abschluss ihre Schullaufbahn beendeten. Schülern ohne Abschluss sei aber der Weg in die Berufsausbildung verbaut, sie seien damit in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit bedroht, erklärte Tayfun Keltek, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in NRW (LAGA), gestern in Düsseldorf.

Keltek räumte ein, dass es in NRW eine ganze Reihe von Förderhilfen für ausländische Kinder gebe, kritisierte diese jedoch als wenig effektiv. Das Hauptproblem beim Schulversagen vieler ausländischer Kinder seien mangelnde Deutsch-Kenntnisse. „Man kann keinem Kind richtig Lesen und Schreiben beibringen, wenn es nicht zumindest über einen guten passiven Wortschatz im Deutschen verfügt“, meint Keltek. Viele Ausländerkinder sprächen bei der Einschulung kaum Deutsch, berichtete Ludger Reiberg von der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Ausländerkindern (RAA) in Köln. Angesichts des Satelliten-Fernsehens, vieler ausländischer Geschäfte, Restaurants und Vereine sei es beispielsweise „möglich, in Köln zu leben, ohne Deutsch zu sprechen“.

Mit Appellen an die Eltern, zu

Hause Deutsch zu sprechen, seien viele Familien überfordert. Außerdem könnte dies dazu führen, dass die Kinder weder ihre Muttersprache, noch das Deutsche beherrschen.

Eine Lösung des Dilemmas sehen die Ausländerbeiräte unter anderem in zweisprachigen Schulen. Angesichts eines zusammenwachsenden Europas werde die Mehrsprachigkeit ohnehin immer wichtiger, betonte Thomas Jaitner, Bildungsexperte der LAGA. Dabei könnte die natürliche Mehrsprachigkeit der Ausländerkinder zum Vorteil aller genutzt werden. Konkret: Deutsche und türkische Kinder lernen in einer Grundschule in beiden Sprachen Lesen und Schreiben, ein Teil der Fächer wird auf Deutsch, ein anderer auf Türkisch unterrichtet.

Jaitner räumt ein, dass solche zweisprachigen Schulen allenfalls in Ballungsräumen denkbar seien, in denen große Gruppen ausländischer Mitbürger lebten. Wenn eine Klasse von Kindern aus vielen Ländern besucht werde, dann komme es vor allem darauf an, die Deutsch-Kenntnisse der Kinder gezielt zu fördern. Hier müsse mehr getan werden als bisher.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) wies die Kritik der Ausländerbeiräte als ungerecht zurück. Kein Bundesland unternehme so viel für die Integration wie NRW; alle 1000 zusätzliche Lehrstellen gebe es dafür. Im Schulministerium wurde zudem vermutet, dass eine große Zahl von deutsch-türkischen Grundschulen an den Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung vorbei gehe.

RHEINISCHE POST,
Mittwoch,
19. Januar 2000

Mehrsprachiger Unterricht gefordert

Düsseldorf (ts/NRZ). Trotz aller Fortschritte seit den 80er Jahren hinken Ausländerkinder in den NRW-Schulen weiter hinterher. Obwohl nur 15 Prozent aller Schüler Migrantenkinder sind, verlassen jedes Jahr zweieinhalb Mal so viele ausländische wie deutsche Schüler die Schule ohne Abschluss. Entsprechend überhöht sei ihr Anteil an der Jugendarbeitslosigkeit, so die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte gestern. Vorsitzender Tayfun Keltok kritisierte mangelnde Unterstützung der Kinder im Unterricht. Obwohl der Anteil von Ausländerkindern stetig steige, spielten sie in der Debatte um Qualitätssicherung an den Schulen keine Rolle. „Die natürliche Mehrsprachigkeit muss endlich als wertvolle Fähigkeit angesehen werden und nicht als Störfaktor“, forderte er. Muttersprachlicher Unterricht müsse ordentliches Versetzungsfach, auch deutsche Schüler mehrsprachig unterrichtet werden.

NRZ, Mittwoch,
19. Januar 2000

WAZ, Mittwoch, 19. Januar 2000

Ausländische Schüler überfordert

Düsseldorf. Deutlich weniger ausländische als deutsche Schüler schaffen in NRW einen Schulabschluss. Außerdem liegt der Notenschnitt der Migrantenkinder aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse in der Regel deutlich schlechter als der ihrer deutschen Altersgenossen. Darauf haben die NRW-Ausländerbeiräte (LAGA) hingewiesen. Laut dem LAGA-Vorsitzenden Tayfun Keltok erreichen zweieinhalb Mal so viele ausländische wie deutsche Schüler keinen Schulabschluss. Vielen ausländischen Jugendlichen werde so der Weg zur Berufsausbildung verbaut. Sie stellen einen fast drei Mal höheren Anteil der arbeitslosen jungen Menschen. Schwierig sei besonders die Situation türkischer, italienischer und libanesischer Schüler. (wg)

Aachener Zeitung,
Mittwoch, 19. Januar 2000

Ausländer fühlen sich an Schulen im Nachteil

In den NRW-Schulen wird nach Ansicht der Ausländerbeiräte nicht genug für Kinder von Zuwanderern getan. Obwohl nur etwa 15% der Schüler Kinder von Migrantens seien, verließen pro Jahr zweieinhalb Mal so viele ausländische wie deutsche Jugendliche die Schule ohne Abschluss. (waz)

kommenden Jahren die Probleme nicht lösen. Dies entspricht auch den Ansätzen zur Erarbeitung neuer Vorgehensweisen im Deutsch- und Fachunterricht, wie sie im Augenblick im Landesinstitut für Schule und Weiterbildung verfolgt werden. Die LAGA NRW wird sich in der nächsten Zeit gerade mit den sprachlichen Kompetenzen der Kinder in der Regelklasse beschäftigen und hier vor Ort und auf Landesebene initiativ werden.

- Eine empirische Untersuchung, die den Ursachen für mangelnde schulische Erfolge von Zuwanderern „systematisch auf den Grund“ geht (so Prof. F. Sen, Essen), wird in mehreren Kommentaren für wünschenswert erachtet. Für R. Steuwe (Philologenverband NW) ist „erst danach eine Auswahl von Maßnahmen zur Verbesserung der Integrationsarbeit auf allen Ebenen sachlich zu begründen.“ Als Vorbild könnte hier die im Jahre 1999 erschienene britische Studie „Die Leistungssteigerung von SchülerInnen aus ethnischen Minderheiten – Antworten von Schulen und lokaler Schulaufsicht“ dienen, die nun auch in der deutschen Übersetzung vorliegt. Diese Studie untersucht am Beispiel von vier ethnischen Minderheiten die Praxis von Schulen und Schulaufsicht, belegt Beispiele guter Praxis und entwickelt konkrete Schlussfolgerungen für die praktische Arbeit. Was in England geht, müsste doch auch in NRW zu schaffen sein.

EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG ZU DEN URSACHEN MANGELNDER SCHULERFOLGE

- Eine Verbesserung der Elternarbeit wird in vielen Kommentaren angemahnt. Für Agnes Heuvelmann, Ausländerbeauftragte der Stadt Solingen und Leiterin der dortigen RAA, ist dies „eine der zentralen Fragen in den nächsten Jahren“. C. Bainski (Bündnis 90/Die Grünen) verlangt in der Elternarbeit „neuen Schwung. Migrantinnen und Migranten gehören in die Klassenpflegschaften, in die Schulkonferenz und müssen mit ihren Anliegen und Interessen für ihre Kinder angenommen werden.“ Für V. Dedanwala und M. Degen (SPD) ist die „Motivation und Information der Eltern“ ab dem Elementarbereich notwendig. Hier liegen immer noch erhebliche Defizite in der Arbeit der LAGA NRW und den örtlichen Migrantenvertretungen. Es gibt kein systematisches Herangehen an diesen Arbeitsbereich von den Migranten selber. Dies mahnt auch der Leiter der RAA Hagen, Michael Vollmer, an. Er schlägt vor „eine zeitlich befristete arbeitende Arbeitsgruppe beim LAGA-Vorstand einzurichten, die eine Mitgliederversammlung vorbereitet, die sich anschließend mit der Sammlung örtlicher Erfahrungen und Ergebnisse“ befasst. Vielleicht kann dies als erster Schritt einen Klärungsprozess

ELTERNARBEIT

unter den Migranten selber einleiten und helfen, eine systematischere Arbeitsstruktur zu entwickeln.

SYSTEMATISCHE UMSETZUNG VOR ORT

- Die systematische Umsetzung vor Ort, die gute Ideen und guten Willen zur flächendeckenden Praxis werden lässt, ist immer noch die Achillessehne schulischer Arbeit. B. Reckers (CDU) sieht hier eine Schwäche des LAGA - Papiers: „Sie geben zwar einige Beispiele für ein verstärktes Zusammenwirken der beteiligten Institutionen, dennoch wäre es an dieser Stelle wünschenswert, wenn Sie Ihre Vorschläge dezidiert angeben und gegebenenfalls stärker ins Detail gehen würden. Der Grund für unseren diesbezüglichen Wunsch ist der, dass wir hier den Punkt sehen, an dem die CDU - Landtagsfraktion ansetzen und Ihre diesbezüglichen Anregungen umsetzen kann.“ R. Steuwe (Philologenverband NW) mahnt „differenzierte und flexible Lösungen“ für städtische und ländliche Gebiete an, weil die jeweiligen Bedingungen doch zu unterschiedlich seien. Klaus Hebborn (Städtetag NRW, Köln) sieht in dem Papier „verschiedene Anknüpfungspunkte für ein kommunales Engagement.“ M. Vollmer (RAA Hagen) ist optimistisch: Er kann mit dem Papier „vor Ort eine Menge anfangen.“ Der Eindruck drängt sich auf: Kommunale Umsetzungsstrategien werden als Problem erkannt, aber Klärungsbedarf besteht weiterhin. In den Kommunen käme es darauf an, die vorhandenen Potentiale, Ressourcen und Erfahrungen zu bündeln, die Kooperation verschiedener Partner auf einer gemeinsam erarbeiteten Grundlage zu organisieren. Dabei müsste die eigene Institution nicht als Grenze, sondern als Teil eines Gesamtsystems betrachtet werden. In den Kommunen werden Leitprojekte gebraucht, die die Erfahrungen guter Praxis auswerten. Auf diese Weise könnten auch die erheblichen Mittel, die es in diesem Bereich gibt, effektiv eingesetzt werden. Es gibt auf kommunaler Ebene breiten Spielraum zur Gestaltung der Schullandschaft. Er sollte nicht verschenkt werden.

Aus Hagen gibt es Interessantes zu berichten. Dort fand im Mai eine Veranstaltung von RAA und Ausländerbeirat zu dem LAGA - Papier mit den schulpolitischen Sprechern aller Ratsfraktionen statt. In der Folge gründete sich eine kommunale Arbeitsgruppe aus Parteien, Verbänden, Ausländerbeirat, Verwaltung, die einen „Hagener Qualitätskatalog zur Verbesserung der Schulsituation von Kindern und Jugendlichen“ als Grundlage für lokale Leitprojekte erarbeiten soll.

► Das von B. Recker (CDU) geforderte konkrete Zusammenwirken vor Ort muss vor allen Dingen im Übergangsgeschehen von der Schule in den Beruf realisiert werden. Ohne Transparenz der ansonsten nicht überschaubaren Angebote, ohne die Koordination zielgruppenspezifischer Maßnahmen, ohne eine verantwortliche Begleitung und Übergabe bildungsbenachteiligter Jugendlicher in die nachfolgenden Bereiche von Nachqualifizierung, Arbeit und Ausbildung sind die sich immer stärker abzeichnenden Arbeitsmarktprobleme nicht zu lösen.

Dabei geht es um zweierlei: Einerseits die Stärkung der direkten Beziehungen der Betriebe und ihrer Organisationen mit den Schulen und dem Nachqualifizierungsbereich und andererseits um eine bessere Abstimmung aller Aktivitäten im Bereich der Berufswahl-orientierung zwischen den Beratungseinrichtungen, den Schulen und den Betrieben. Im Mittelpunkt der Bemühungen muss immer die einzelne Schule stehen, eine Verlagerung von Gruppen insbesondere bildungsbenachteiligter Jugendlicher aus der Verantwortung der einzelnen Schule heraus, verhindert langfristig notwendige Lernprozesse und führt nur zu weiteren kompensatorischen Angeboten mit immer komplizierter werdenden Regelungsmechanismen. Vordringlich sind also neue Formen der Koordination. Diesem Bereich ist bisher aus oft institutionellen Eigeninteressen heraus zu wenig Beachtung geschenkt worden. Hier sind besondere Initiativen der Beiräte Schule – Beruf gefordert. Sie sind von ihrer Zusammensetzung und ihrem Auftrag her prädestiniert, zum Kristallisationskern neuer Kooperationsbemühungen zu werden.

Die Zielgruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund muss regelmäßig Thema der Beiräte und Ziel entsprechender Bemühungen sein. Dazu wäre es hilfreich, den Migrantenvertretungen einen Sitz in diesem Gremium einzuräumen und in Kooperation mit ihnen neuen Aktivitäten zu Elternarbeit einen besonderen Stellenwert zu geben. Ziel muss dabei sein, die Elterninitiativen im Migrantenbereich zu entwickeln und zu stärken, deren Mitwirkungswillen und Mitwirkungsrechte ernst zu nehmen und eine gemeinsame Plattform zu schaffen für die Zusammenarbeit mit den auf lokaler Ebene befindlichen institutionalisierten Formen der Elternvertretungen.

Das Bundesland Nordrhein-Westfalen ist eine europäische Drehscheibe mit vielfältigen Beziehungen zu europäischen Partnern. Aber auch innerhalb von NRW wächst Europa: Die Klassen in unseren Schulen mit ihrer kulturellen, sprachlichen und religiösen Vielfalt werden im-

mer mehr zu europäischen Klassen. Es müssen endlich Maßnahmen entwickelt werden, die diese Entwicklung als Bereicherung, als Chance für alle erleben lässt, seien sie nun Migranten oder nicht. Auf europäischer Ebene gibt es dazu eine breite Debatte und weiterführende Beschlüsse: So haben EU und Europarat für 2001 zum „Europäischen Jahr der Sprachen“ aufgerufen, in dem es um ein neues, positives Leitbild von Mehrsprachigkeit geht (natürlich auch der Mehrsprachigkeit von Migranten!), alle EU – Bildungsminister haben 1997 den Beschluss gefasst, dass alle Schulabgänger über drei Sprachen verfügen sollen. Europa, das solidarische und gleichberechtigte Zusammenleben in diesem „multikulturellen und multiethnischen Gefüge“ (so die EU – Kommission in ihrem „Bericht über die Schulbildung von Migranten in der EU, 1994) ist eine große Perspektive.

AUSLÄNDERBEIRAT
der Landeshauptstadt Düsseldorf

Öffentliche Podiumsdiskussion:

„Schule für Kinder oder Kinder für die Schule?“
- Schul- und Ausbildungssituation bei Migrantenkindern -

Donnerstag , 30. März 2000, 18.00 Uhr
Heinrich-Heine-Institut, Bilker Str. 12 / 14

Statement:
Integration konkret: Die Schulerfolge von Migranten verbessern!
Thomas Jaitner
Bildungsreferent der LAGA NRW

Podium:

Karin Jung MdL
SPD-Landtagsfraktion

Christiane Bainski MdL
Landtagsfraktion "Bündis 90 / Die Grünen"

N.N. MdL
CDU-Landtagsfraktion

Alexander Pickart-Alvaro
FDP-Landesverband NRW

Moderation:
Osman Okkan
WDR 5 "Funkhaus Europa"

Begrüßung:
Metin Demirtürk
Vorsitzender des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Düsseldorf

VSP - Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Düsseldorf, Tel. 0211 / 899 35 27

INFO



Fachbereich
Jugend und Soziales

Fachbereich
Jugend und Soziales

EXTRABLATT

Eickertstraße 12 · 58095 Hagen · Tel. 02125 503

**Ausländerbeirat
und RAA
laden ein**

3. Mai 2000

Mittwoch
18 - 22 h

Hauptschule Remberg

Integration konkret:

**Die Schulerfolge von
Migranten verbessern!**



Werkstatt-Gespräch

- Vertreter der LAGA erläutern und begründen das Arbeitspapier und berichten von bisherigen Reaktionen...
- Schulpolitische Vertreter der Hagener Ratsfraktionen bewerten das Arbeitspapier aus ihrer Sicht...
- Vier thematische Arbeitsgruppen (Elternarbeit / Elemente Erziehung / Sprache / Beruf und Ausbildung) streifen einen „ Hagener Qualitätskatalog“ und die Schritte zu Verwirklichung...

(Anmeldemodalitäten siehe Rückseite...)



Integration konkret:
**Die Schulerfolge von Migranten
verbessern!**

Ausländerbeirat der Stadt Hürth



**Der Ausländerbeirat Essen lädt ein:
Diskussionsforum
Dienstag, 04. April 2000**

Veranstaltung am Montag, den 29.01.2001
"Integration Konkret: Die Schulerfolge von
Migranten verbessern"

LISTE DER VERANSTALTUNGEN ZUM LAGA – PAPIER 2000/2001

2000

- 18.01.2000 Landespressekonferenz Düsseldorf
- 29.01.2000 Tagesseminar der LAGA NRW in Düsseldorf
- 09.03.2000 Sitzung Ausländerbeirat Hagen
- 30.03.2000 Öffentliche Veranstaltung Ausländerbeirat Düsseldorf und LAGA NRW
- 04.04.2000 Ausländerbeirat Hattingen
- 04.04.2000 Öffentliche Veranstaltung Ausländerbeirat Essen mit LAGA
- 12.04.2000 SPD Arbeitskreis Migration in Köln
- 17.05.2000 Öffentliche Veranstaltung Ausländerbeirat Hagen, RAA Hagen und LAGA NRW
- 20.05.2000 Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft kommunaler Ausländervertretungen Niedersachsen
- 06.06.2000 Ausländerbeirat Mülheim/Ruhr
- 30.08.2000 Ausländerbeirat Burscheid
- 18.09.2000 Ausländerbeirat Bielefeld
- 23.10.2000 Öffentliche Veranstaltung Ausländerbeirat Köln
- 28.10.2000 Tagesseminar LAGA NRW in Köln

2001

- 29.01.2001 Ausländerbeirat Hürth
- 03.02.2001 Tagesseminar für den Ausländerbeirat Bielefeld
- 07.05.2001 Veranstaltung des Ausländerbeirates Hürth
- 17.05.2001 Podiumsveranstaltung Bielefeld
- 06.06.2001 Podiumsdiskussion Langenfeld
- 28.06.2001 Ausländerbeiratssitzung Mönchengladbach
- 24.09.2001 Ausländerbeirat Düsseldorf



ERSCHEINT VIERTELJÄHRLICH

NOCH LIEFERBAR



Impressum:
Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migranten-
vertretungen Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)
Helmholtzstraße 28,
40215 Düsseldorf

Telefon 0211/99 416-0
Fax 0211/99 41615

e-mail: info@laga-nrw.de
www.LAGA-NRW.de